

28. Juni 2021

PRESSEMITTEILUNG

Long COVID: Anhörungen im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages Forderungen der Betroffenen an die Bundesregierung

Am 24. und 7. Juni 2021 wurden im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages die Versorgungslage und die Risiken von Long COVID und COVID-19-Spätfolgen thematisiert. „Long COVID Deutschland“ hat auf die akute Notlage in der Versorgung, Therapie und Rehabilitation und den dringenden Handlungsbedarf bei der Förderung von Long COVID-Forschungsvorhaben hingewiesen. Unser zentrales Anliegen: Bei der Bewältigung der Long COVID-Krise muss die Bundesregierung jetzt entschlossen handeln und mehr finanzielle Förderungen ermöglichen.

Das Parlamentarische Begleitgremium COVID-19-Pandemie ist am 24. Juni näher auf die Langzeitwirkungen und gesundheitlichen Risiken einer COVID-19-Erkrankung in Form von Long COVID eingegangen. Betroffene fordern in diesem Zusammenhang mehr Aufklärung und Informationsangebote, Möglichkeiten zur digitalen Vernetzung und deutlich mehr finanzielle Förderung durch den Bund als bisher umgesetzt wurden. Forschungsvorhaben zu chronischer Fatigue und wirksamen Therapieoptionen sollten umgehend priorisiert werden. Thematisiert wurde ebenfalls Long COVID bei Kindern und Jugendlichen: <https://www.bundestag.de/ausschuesse/a14/pandemie/anhoerungen/848280-848280>

In der Anhörung zu „Long-Covid Behandlungszentren“ am 7. Juni wurde die unzureichende Versorgung von jüngeren Long COVID-Patient*innen nach milden und moderaten Infektionen erörtert. Aufgrund der Vielzahl von Betroffenen, unzureichender ambulanter Versorgung, langanhaltender Arbeitsunfähigkeit und noch unbekannter Krankheitsmechanismen könnten mittel- bis langfristig erhebliche Kosten für das Gesundheits- und Sozialsystem entstehen. Gefordert wurden daher gesetzliche Verankerungen und mehr Fördermittel: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw23-pa-gesundheit-longcovid-844332>

Konkrete Handlungsfelder und potenzielle Maßnahmen der Bundesregierung gehen aus den entsprechenden Anträgen von DIE LINKE (Drucksache 19/29270) und FDP (Drucksache 19/29267) hervor.

Mehr als 50.000 Menschen haben sich bereits den Forderungen der „Long COVID Deutschland“ Petition angeschlossen: campact.org/Hilfe-bei-Long-Covid. Vor diesem Hintergrund haben Vertreter*innen der Initiative am 25. Juni in einem persönlichen Gespräch mit Prof. Dr. Claudia Schmidtke, Beauftragte der Bundesregierung für die Anliegen von Patientinnen und Patienten, die konkreten Hürden und Handlungsfelder bei der Bewältigung der Long COVID-Krise in Deutschland diskutiert. „Long COVID Deutschland“ wartet weiterhin auf eine Zusage für einen Termin mit Jens Spahn, Bundesminister für Gesundheit, um die Petition und unsere Forderungen offiziell übergeben zu können.

Über Long COVID Deutschland

Neben einer Online-Selbsthilfegruppe mit mehreren Tausend Mitglieder*innen, bietet die Patient*innen-Initiative über <https://longcoviddeutschland.org> eine digitale Anlaufstelle mit Informationen zu Post-COVID-19-Ambulanzen und Rehabilitationskliniken, medizinischen Hintergründen, Leitlinien sowie Übersichten zu Forschungsvorhaben und Veröffentlichungen.